



N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Hauptausschusses (SI/2008/007/HA)

Sitzungstermin: Montag, 21.07.2008
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:05 Uhr
Ort, Raum: Rathaus, Schloßberg 3-4, 24306 Plön, Sitzungszimmer 1 und 2

Anwesende:

Herr Hagen, Oliver

Herr Winter, Karl

Herr Krüger, Dirk

Herr Dr. Höppner, Henning

Frau Killig, Gabriele

Herr Dr. rer. pol. Lorenzen, Jörg

Herr Pfau, Thorsten

Herr Soll, Lothar

Herr Gramm, Volker

als Gast aus der
Ratsversammlung

Bürgervorsteher Kreuzburg, Hans-
Jürgen

als Gast aus der
Ratsversammlung

Herr Nautsch, Wolfgang

als amtierender
Bürgermeister

Herr Stänner, Klaus

als Vertretung für
Ratsfrau Sachau

Herr Seibler, Detlev (AR)

als Protokollführer

Herr Titze, Nikolas

Herr Ohms, Volker

Frau Reischke, Kristin

Frau Torges, Ulrike

Herr Schulz, Konrad

Abwesende:

Frau Sachau, Telsche

fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Tagesordnung und Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 Abs. 8 GO
- 2 Niederschrift über die letzte Sitzung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Berichte
 - 4.1 Berichte im Rahmen des Berichtswesens
 - 4.2 Berichte aus der Selbstverwaltung
- 5 Jahresabschlussbericht des Haushaltsjahres 2007 sowie Vorprüfung der Jahresrechnung durch Mitglieder des Hauptausschusses
Vorlage: VO/2008/246
- 6 Haushalts- und Finanzbericht per 30. Juni 2008
Vorlage: VO/2008/253
- 7 Kalkulation der Kurabgabe 2008
Vorlage: VO/2008/203
- 8 Kalkulation der Fremdenverkehrsabgabe 2008
Vorlage: VO/2008/204
- 9 Satzung für die Benutzung der Räumlichkeiten der Tourist Info Großer Plöner See
Vorlage: VO/2008/247
- 10 Entgeltsatzung für die Benutzung der Räumlichkeiten der Tourist Info Großer Plöner See
Vorlage: VO/2008/248

Nichtöffentlicher Teil

- 11 Berichte
 - 11.1 Berichte im Rahmen des Berichtswesens
 - 11.2 Berichte aus der Selbstverwaltung
- 12 Personalangelegenheit
- 13 Sachstand und weitere Vorgehensweise Schwimmhalle Plön / Hotel

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Tagesordnung und Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 Abs. 8 GO

Vorsitzender Hagen bittet den Hauptausschuss um Zustimmung, dass als Tagesordnungspunkt 13 neu im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Tagesordnungspunkt *Sachstand und weitere Vorgehensweise Schwimmhalle Plön / Hotel* im Rahmen der Dringlichkeit in die Tagesordnung aufgenommen wird. Eine Vorlage hierzu war bereits am vergangenen Wochenende versandt worden.

Weiterhin bittet Vorsitzender Hagen damit einverstanden zu sein, dass die Sitzung des Hauptausschusses auf Vorschlag des Ältestenrates zukünftig um 18:30 Uhr beginnt. Hiergegen ergeben sich keine Einwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

zu 2 Niederschrift über die letzte Sitzung

Ratsherr Stänner, der stellvertretend für Ratsfrau Sachau, an der Sitzung teilnimmt, teilt mit, dass ihm die Niederschrift in Papierform noch nicht vorliege. AR Seibler stellt dar, dass kürzlich eine Umfrage bei allen neuen Mitgliedern der Ratsversammlung durchgeführt worden sei, in der gebeten wurde mitzuteilen, welche Unterlagen in Papier gewünscht würden und deshalb nur die bisher eingegangenen Wünsche berücksichtigt werden konnten.

Ratsherr Stänner teilt mit, dass er zukünftig die Protokolle des Hauptausschusses auch in Papierform wünscht. Eine Beratung der Niederschrift wird daher zurückgestellt.

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Berichte im Rahmen des Berichtswesens

Es liegen keine Berichte vor.

zu 4.2 Berichte aus der Selbstverwaltung

- 4.2.1 Ratsherr Dr. Lorenzen, FWG-Plön-Fraktion, weist daraufhin, dass ein Termin mit der Gemeinde Ascheberg wegen der gemeinsam erörterten Bauleitplanung jetzt notwendig sei. Er bittet die Fachgruppe 3 diesbezüglich um Koordinierung.
- 4.2.2 Ratsherr Soll, FWG-Plön-Fraktion, bittet bei den weiteren Planungen für den ehemaligen Bahnhof zu berücksichtigen, dass die bisher dort aufgehängten Fahnen nicht ausreichen, um das Gebäude ausreichend kenntlich zu machen. Darüber hinaus fehlten Unterstellmöglichkeiten, wenn das Bahnhofsgebäude geschlossen ist.
- Erster Stadtrat Nautsch ergänzt, dass im Stadtgebiet noch ältere Schilder auf die frühere TIP und Kurverwaltung verwiesen und das Konzept insofern ergänzt werden müsste. Außerdem sollten die Hinweise auf der B 76 aktualisiert werden.
- Ratsfrau Killig, FDP-Fraktion, weist daraufhin, dass in der Ratsversammlung bereits Antworten durch den Bürgermeister gegeben wurden. Der Bürgermeister habe darauf hingewiesen, dass im Jahre 2009 ein Umbau des Bahnsteiges durch die Bahn AG vorgesehen werde der auch einen von der Bahn zu errichtenden Unterstellplatz enthalte.
- Bürgervorsteher Kreuzburg weist daraufhin, dass die überörtliche Beschilderung ebenso wie die weitere Beschilderung im Ort in Arbeit sei, dass aber insbesondere die Beschilderung auf den Bundesstraßen vom Gesamtkonzept der Bundesstraßenbauverwaltung abhängig sei und somit ggf. auch erst im Jahre 2009 verwirklicht werden könne.

zu 5 Jahresabschlussbericht des Haushaltsjahres 2007 sowie Vorprüfung der Jahresrechnung durch Mitglieder des Hauptausschusses
Vorlage: VO/2008/246

Kämmerer Titze erläutert den vorgelegten Bericht.

Das vorläufige Jahresabschlussergebnis des Haushaltsjahres 2007 wurde von der Fachgruppe Finanzen ermittelt; die Bildung der erforderlichen Haushaltsreste ist erfolgt. Die Jahresrechnung mit den vorgeschriebenen Anlagen wurde ebenfalls aufgestellt und sodann im Einzelnen erläutert. Zum Jahresabschlussergebnis ist folgendes festzustellen:

Verwaltungshaushalt:

	<i>Haushaltssatzung 1. Nachtrag</i>	<i>Jahresabschluss- ergebnis</i>
<i>Einnahmen</i>	14.316.500,00 €	14.899.156,26 €
<i>Ausgaben</i>	17.234.000,00 €	17.418.952,12 €
<i>Fehlbedarf / Fehlbetrag</i>	2.917.500,00 €	2.519.795,86 €

Der Verwaltungshaushalt schließt nach Durchführung der Jahresabschlussbuchungen im Haushaltsjahr 2007 mit einem

Fehlbetrag in Höhe von 2.519.795,86 €

ab. Somit ist eine Abschlussverbesserung gegenüber dem 1. Nachtrag in Höhe von 397.704,14 € festzustellen.

Die Fehlbetragszuweisung für das Defizit des Haushaltsjahres 2006 in Höhe von 509.000 € ist mit dem Kasseneinnahmerest der Fehlbetragsabdeckung verrechnet worden, so dass diese sich auf den Haushaltsansatz 2008 mindernd ausgewirkt hat, das Abschlussergebnis 2007 aufgrund der Neutralisation in Einnahme und Ausgabe aber nur hinsichtlich des Volumens tangiert.

Im Verwaltungshaushalt war es zur Absicherung von bereits erteilten Aufträgen notwendig, Haushaltsausgabereste in Höhe von 189.780,07 € (Vorjahr: 274.198,92 €) anzuordnen und in das Haushaltsjahr 2008 zu übertragen.

Nicht verbrauchte Haushaltsausgabereste aus dem Vorjahr waren in Höhe von 49.305,96 € in Abgang zu stellen.

Die Abschlussverbesserung ergibt sich zum einen aufgrund von Mehreinnahmen (z.B. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: 90.900 €, Konzessionsabgaben EON -Hanse: 38.400 €) sowie zum anderen aus Minderausgaben (z.B. Zinsen für Kommunaldarlehen und Kassenkrediten: 12.000 €, Personalausgaben: 98.300 €).

Bezogen auf die Haushaltsplanung betragen die prozentualen Abweichungen auf der Einnahmeseite + rd. 0,51 % und auf der Ausgabeseite ./ rd. 1,88 %, jeweils bereinigt um die nicht veranschlagte Fehlbetragszuweisung.

Vermögenshaushalt:

	Haushaltssatzung 1. Nachtrag	Jahresabschluss- ergebnis
Einnahmen	1.854.100,00 €	1.739.068,50 €
Ausgaben	1.854.100,00 €	1.739.068,50 €

Der Vermögenshaushalt schließt aufgrund des Ausgleichsfaktors der Darlehensmittel in Einnahme und Ausgabe in Höhe von 1.739.068,50 € ausgeglichen ab.

Zur Absicherung der begonnenen Investitionsmaßnahmen wurden Haushaltsausgabereste in Höhe von 536.612,38 € (Vorjahr: 1.025.120,80 €) angeordnet. Diese Reste beziehen sich insbesondere vor allem auf Bauinvestitionen, wie z. B. Bau- und Planungskosten Gänsemarkt (156.200 €), restliche Baukosten Tourist Info Großer Plöner See (208.117,99 €) sowie restliche Bau- und Planungskosten Sohlgleite Spitzenort (75.000,00 €).

Insgesamt wurden Haushaltseinnahmereste (Darlehensmittel, Zuweisungen, Beiträge) in Höhe von 540.013,35 € (Vorjahr: 1.013.624,58 €) angeordnet und in das Haushaltsjahr 2008 übertragen.

Des Weiteren konnten insgesamt Abgänge auf Haushaltsausgabereste aus Vorjahren in Höhe von 29.837,99 € vollzogen werden, die zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen vergangener Haushaltsjahre nicht mehr benötigt wurden.

Ein ausführlicher Bericht zum Jahresabschlussergebnis des Haushaltsjahres 2007 folgt nach Vorprüfung der Jahresrechnung durch Mitglieder des Hauptausschusses.

Vorprüfung der Jahresrechnung durch Mitglieder des Hauptausschusses

Gem. § 94 Abs. 5 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein ist die Jahresrechnung in Gemeinden, in denen kein Rechnungsprüfungsamt besteht, durch einen Ausschuss der Gemeindevertretung vorzuprüfen.

Diese Aufgabe nimmt gem. § 1 Ziff. 5 der Zuständigkeitsordnung der Hauptausschuss wahr. Die Vorprüfung der Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2006 wurde von den Mitgliedern des Hauptausschusses, Ratsherren Dietz und Thielscher, vorgenommen.

Kämmerer Titze weist daraufhin, dass für das Jahr 2007 zwar eindeutig der höchste Fehlbetrag in der Geschichte der Stadt Plön festgestellt werden müsse, dass aber die aktuelle Entwicklung deutlich mache, dass der Fehlbetrag auch in der absehbaren Zukunft erheblich abgebaut werde.

Auf Anfrage von Dr. Lorenzen, FWG-Plön, erklärt er, dass ein Antrag auf Fehlbetragszuweisung gestellt wurde, aber noch nicht bekannt sei, in welchem Rahmen das Gemeindeprüfungsamt eine Förderung vorschlage.

Ebenfalls auf Nachfrage von Dr. Lorenzen teilt Kämmerer Titze mit, dass der originäre Fehlbetrag des Jahres 2007 sich auf rd. 396.000 € belaufen habe. (2.520.000 € Fehlbetrag 2007 abzügl. 2.124.000 € Fehlbetrag 2005 = 396.000 € orig. Fehlbetrag in 2007).

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt das Abschlussergebnis des Haushaltsjahres 2007 sowie den Jahresabschlussbericht der Fachgruppe Finanzen zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird nach der Vorprüfung der Jahresrechnung detailliert über das Jahresabschlussergebnis berichten.

Der Hauptausschuss schlägt die folgenden Mitglieder Sachau, SPD, und Hagen, CDU sowie als Vertreter Soll, FWG, für die Vorprüfung der Jahresrechnung vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

zu 6 Haushalts- und Finanzbericht per 30. Juni 2008 Vorlage: VO/2008/253
--

Kämmerer Titze erläutert die Eckdaten der Verwaltungsvorlage.

1. Allgemeines

Die Fachgruppe Finanzen hat den Einnahme- und Ausgabeverlauf im ersten halben Jahr 2008 einer globalen Überprüfung unterzogen. Alle der FG 4

bekannten Veränderungen wurden erfasst und sind bei der Ermittlung der aktuellen Ergebnisse berücksichtigt worden. Auf wesentliche Punkte wird in Einzelbetrachtungen eingegangen.

Der Inhalt des Finanzberichtes soll nach der Beratung im Hauptausschuss den Budgetverantwortlichen als Grundlage für die Nachtragshaushaltsplanung 2008 zur Verfügung gestellt werden. Nach Ende der Hauptferienzeit können sodann die Entwürfe zu den einzelnen Budgets in den zuständigen Fachausschüssen behandelt werden. Anschließend ist es Aufgabe der FG Finanzen, auf dieser Basis einen Gesamtentwurf zusammen zu stellen. Dieser Nachtragsetat ist im Hauptausschuss zu beraten und der Ratsversammlung zur endgültigen Beschlussfassung zuzuleiten.

2. Zusammenstellung des Halbjahresergebnisses

2.1 Verwaltungshaushalt

	<i>Einnahmen</i>	<i>Ausgaben</i>	<i>Fehlbedarf</i>
<i>Ursprungshaushalt</i>	13.528.900 €	15.753.500 €	2.224.600 €
<i>Veränderungen</i>	1.588.200 €	375.800 €	- 1.212.400 €
<i>Aktuelle Planung</i>	15.117.100 €	16.129.300 €	1.012.200 €

Zunächst ist festzustellen, dass sich das Defizit im Verwaltungshaushalt im laufenden Jahr halbiert hat. Dies ist ein äußerst erfreulicher Umstand, insbesondere unter dem Aspekt, als das der in 2008 zu veranschlagende Fehlbetrag aus 2006 1.581.400 € beträgt und somit in 2008 kein originäres Defizit mehr besteht. Darüber hinaus ist nach dem derzeitigen Stand auch rd. ein Drittel des Fehlbetrages aus 2006 abgebaut.

Die größte Aufwärtstendenz ist im Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft – eingetreten: Die Schlüsselzuweisungen vom Land sind um rd. 540.000 € angestiegen. Für die Haushaltsansätze 2008 waren die im Haushaltserlass 2008 des Innenministeriums vom 17. September 2007 bekannt gegebenen Berechnungsgrundlagen anzuwenden. Die im Doppelhaushalt 2007/2008 des Landes veranschlagte Finanzausgleichsmasse für 2008 betrug demnach 979,4 Mio. €. Diese Zahl ging noch auf das Ergebnis der Mai – Steuerschätzung 2006 zurück. Im vergangenen Jahr trat eine merkliche Verbesserung der Landessteuereinnahmen über die bisherigen Schätzungen hinaus ein. Aufgrund der Öffnungsklausel im Haushaltsgesetz 2007/2008 machte das Land von der Ermächtigung Gebrauch, einen Teilbetrag der Mehreinnahmen unmittelbar den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Unter Berücksichtigung sämtlicher Faktoren wächst die FAG – Masse um 154 Mio. € auf 1.133,4 Mio. € an. Diese gab das Land mit dem Ergänzungshaushaltserlass vom 11. Januar 2008 bekannt. Der Haushaltsplan der Stadt Plön war zu diesem Zeitpunkt bereits verabschiedet, so dass diese Verbesserung nicht mehr einfließen konnte.

An dieser Stelle darf der Hinweis auf das Festhalten des Landes an dem jährlichen Vorwegabzug in Höhe von 120 Mio. € aus der Finanzausgleichsmasse für den Zeitraum von vier Jahren nicht fehlen. Ausgehend von der o. a.

Berechnung entsteht speziell der Stadt Plön p. a. ein durchschnittlicher finanzieller Schaden von rd. 400.000 €, in vier Jahren also rd. 1.600.000 € !

Uneingeschränkt positiv ist in 2008 der Verlauf der Gewerbesteuereinnahmen zu beurteilen. War noch in 2007 lediglich ein Gesamtaufkommen von rd. 651.000 € zu realisieren, so ist im laufenden Jahr nach derzeitigem Stand ein Betrag von rd. 1,842 Mio. € zum Soll gestellt. Die zuvor oft gestellte Frage „Geht der Konjunkturaufschwung an der Stadt Plön vorbei?“ kann nunmehr dahin gehend damit beantwortet werden, dass erhebliche Nachveranlagungen von rd. 1 Mio. € anhand der bisher vorliegenden Messbescheide der Finanzämter durchgeführt werden konnten.

Es zeigt sich an diesem Beispiel einmal mehr, dass das Gewerbesteueraufkommen stark volatil ist und sich sämtlichen verlässlichen Prognosen entzieht.

Infolge der bedeutenden Gewerbesteuereinnahmen steigt die Gewerbesteuerumlage um 195.000 € von bisher 139.300 € auf 334.300 € an.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer war nach Auswertung der Mai – Steuerschätzung 2008 verhältnismäßig geringfügig nach unten zu korrigieren. Das an die Kommunen zu verteilende Gesamtvolumen soll demnach um rd. 7 Mio. € von 886 Mio. € auf 879 Mio. € sinken. Angesichts der im Vorjahr verkündeten sehr optimistischen Hochrechnungen (+ 144 Mio. €) ist dieses allerdings auch nicht verwunderlich und durchaus zu verschmerzen.

Einschließlich einer von der Stadt Plön zu erstattenden Überzahlung von rd. 38.000 € muss die Stadt Plön rd. 60.000 € Mindereinnahmen im Nachtrag verbuchen.

Nach endgültiger Festsetzung der Schlüsselzuweisungen sind an den Kreis Plön zusätzliche Umlagezahlungen in Höhe von 136.200 € zu leisten.

Zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität müssen nach wie vor Kassenkredite von durchschnittlich rd. 4,5 Mio. € aufgenommen und verzinst werden. Der Finanzierungsbedarf ergibt sich weitestgehend aus dem Fehlbetrag des Vorjahres und des laufenden Jahres. Zudem ist zu beachten, dass die Mehreinnahmen über das Jahr verteilt eingehen und somit erst nachgängig zu einer gewissen Entspannung führen. Weiterhin wirkt sich das höhere Zinsniveau, auch für kurzfristige Aufnahmen, belastend aus. Nach überschlägigen Berechnungen kommt es zu einem vermehrten Bedarf von 43.000 € gegenüber bisher 167.000 €.

Auf der anderen Seite führt der erfreuliche Verlauf des Vermögenshaushaltes (siehe Ausführungen zu Ziff. 2.2) in Verbindung mit günstigeren Konditionen nach Umschuldungen zu Einsparungen von 45.000 € zugunsten des Schuldendienstes.

Als bedeutendere Veränderungen sind zusätzliche Unterhaltungskosten für die Deckensanierung und Beratungskosten für die Umstrukturierung der Schwimmhalle mit insgesamt 40.000 € zu nennen.

Auf dem Personalkostensektor ging die Personalabteilung im Rahmen der Haushaltsplanung von einem tariflichen Anstieg von 2,9 Prozent analog der entsprechenden Besoldungsanpassung für Beamte aus. Der Tarifabschluss für die

Beschäftigten beinhaltet einen Sockelbetrag von monatlich 50 € zuzüglich einer linearen Steigerung von 3,1 Prozent. Nach einer ersten Einschätzung der Fachgruppe Koordination und interner Service wird trotz des genannten Tarifabschlusses kein Mehraufwand erforderlich. Die Gründe hierfür liegen in Einsparungen durch Vakanzen und Langzeiterkrankungen.

Für den Kostenblock des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes sind bereits Nachmeldungen avisiert worden, die betragsmäßig noch einer näheren Konkretisierung bedürfen.

2.2 Vermögenshaushalt

	<i>Einnahmen</i>	<i>Ausgaben</i>	<i>Kreditbedarf</i>
<i>Ursprungshaushalt</i>	2.115.400 €	2.115.400 €	537.400 €
<i>Veränderungen</i>	10.700 €	10.700 €	- 459.100 €
<i>Aktuelle Planung</i>	2.104.700 €	2.104.700 €	78.300 €

Mit der Genehmigungsverfügung der Kommunalaufsichtsbehörde des Kreises Plön vom 07. März 2008 erfolgte eine Kürzung des Kreditbedarfes um 35.000 € von 537.400 € auf 502.400 €. Als Begründung gab die KAB eine Gefährdung der nachhaltigen finanziellen Leistungsfähigkeit an. Die Zusammensetzung des Kürzungsbetrages konnte von hieraus nicht nachvollzogen werden. 35.000 € Darlehensaufnahmen hätten den Haushalt mit jährlich rd. 2.100 € „belastet“. Dafür war nunmehr allerdings die Finanzierung aller Maßnahmen des Vermögenshaushaltes 2008 insgesamt nicht mehr gesichert. Ein außerplanmäßig erfolgter Grundstücksverkauf, mit dem 95.000 € erlöst werden konnten sorgte dafür, dass die Problematik gar nicht zum Tragen kam. Weitere außerplanmäßige Immobilienveräußerungen verhelfen zu rd. 300.000 €, die den Kreditbedarf weiter entlasten. Verkaufserlöse können nach geltendem Haushaltsrecht erst in die Planung aufgenommen werden, soweit die Verträge notariell beurkundet worden sind. Dieses geschah in den genannten Fällen in 2008.

Die Beitragsabrechnung der Straßenausbaumaßnahme im Wasserturmgelände erbrachte gegenüber der Veranschlagung Mehreinnahmen von rd. 30.000 €. Da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung der genaue beitragsfähige Aufwand noch nicht bekannt ist, werden prinzipiell 50 Prozent der veranschlagten Gesamtkosten als Beitragseinnahmen eingestellt.

Der Ausbau des Gänsemarktes war in 2007 mit zuerst 186.200 € veranschlagt. Die Kreditkürzung 2007 der KAB machte eine Ausgabenreduzierung auf 156.200 € notwendig. Nachdem die Maßnahme mit diesem Betrag nicht umzusetzen war, beschloss die Ratsversammlung im Zuge einer veränderten Planung in 2008 eine Aufstockung um 71.800 €. Die Einnahmeposition der Ausbaubeiträge war um 35.900 € anzuheben.

Weitere Bewegungen in Einnahme und Ausgabe ziehen mit den genannten Veränderungen Reduzierungen des Darlehensvolumens in Höhe von 459.100 € nach sich.

Sollten keine neuen darlehensrelevanten Investitionsmaßnahmen in den Nachtragshaushalt 2008 aufgenommen werden, so kann die Stadt Plön in diesem Jahr rd. 750.000 € an Altschulden abbauen.

Von 1998 bis einschließlich 2008 wäre somit die praktische Halbierung der städtischen Schuldenlast von rd. 16,8 Mio. € auf rd. 8,5 Mio. € gelungen !

3. Ausblick

Die Fachgruppe Finanzen hat auf der Basis der fortgeschriebenen Daten für die Nachtragsvorbereitung 2008 und unter Einbezug des verbesserten Jahresabschlussergebnisses 2007 auch die Finanzplanung 2009 bis 2012 überarbeitet:

Die Entwicklung der Fehlbedarfe stellt sich zurzeit wie folgt dar:

Jahr	Fehlbedarf alt	Fehlbedarf neu	Verbesserung
2009	2.927.100 €	2.531.700 €	395.400 €
2010	2.033.600 €	765.700 €	1.267.900 €
2011	2.542.400 €	2.011.200 €	531.200 €
2012	nn.	175.800 €	nn.

Trotz einer zurückhaltenden Hochrechnung der Finanzplanungswerte zeichnet sich aus heutiger Sicht ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt am Ende der Planungsperiode ab. Bezieht man die von der Stadt Plön regelmäßig beantragten Fehlbedarfszuweisungen in die Betrachtung ein, lässt sich eine „schwarze Null“ erkennen.

Hinsichtlich der Gewerbesteuer wurde wegen der beschriebenen Schwankungen von einem wirklichkeitsnahen Maß (800.000 € p. a.) ausgegangen. In Bezug auf die Schlüsselzuweisungen sind unbedingt zwei Aspekte zu beachten: Zum einen besteht die Chance, dass der Eingriff des Landes in den kommunalen Finanzausgleich ab 2011 endet, was entsprechende Mehreinnahmen generieren würde. Zum anderen droht jedoch das Damoklesschwert des EU – weiten Zensus, der in 2011 durchgeführt wird.

Auf Anfrage von Ratsherrn Winter, CDU, erläutert Kämmerer Titze, dass die Vereinbarung mit der Förde Sparkasse zur Garantie der Höhe der letztjährigen Gewerbesteuerzahlungen zurzeit nicht greife, weil insgesamt höhere Einnahmen erzielt würden.

Die Vereinbarung würde noch bis zum Jahre 2009 laufen.

Ratsherr Dr. Lorenzen, FWG-Plön, bittet dafür Sorge zu tragen, dass die aktuell bis zum Stadtbuchfest vorgesehene Errichtung einer Plattform am Bootshafen durchgeführt werde und darüber hinaus im Nachtrag der vorgesehene Verbindungsweg zwischen Bootshafen und Bahnhof eingeplant werde.

Erster Stadtrat Nautsch erläutert, dass beide Maßnahmen so vorgesehen seien.

Ratsherr Winter weist seinerseits daraufhin, dass mit dem EU-weiten Zensus im Jahr 2011 wie bereits berichtet, mit einem erheblichen Rückgang der Einwohnerzahl für die Stadt Plön zu rechnen sein werde.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Halbjahresbericht der Fachgruppe Finanzen zur Kenntnis.

zu 7 Kalkulation der Kurabgabe 2008**Vorlage: VO/2008/203**

Der Hauptausschuss nimmt die nachfolgende Vorlage zur Kenntnis.

Kalkulation der Kurabgabe 2008

Für die Erhebung der Kurabgabe ist es erforderlich, dass der Aufwand für Herstellung, Verwaltung und Unterhaltung der zur Kur- und Erholungszwecken bereitgestellten öffentlichen Einrichtungen durch eine Kalkulation nachgewiesen wird.

Ausgehend von den Rechnungsergebnissen des Haushaltsjahres 2007 wurden die Kalkulationsgrundlagen für die Kurabgabe 2008 entsprechend neu aufgestellt. Hinsichtlich der Berechnungen und Berechnungsergebnisse wird auf die Anlage verwiesen.

Als Ergebnis ist festzustellen, dass von dem Gesamtaufwand der auf die Kalkulation der Kurabgabe entfällt, 59,04 % (im Vorjahr 70,91%) mit einem Aufkommen von 62.188,50 € (im Vorjahr 59.454,26 €) nicht gedeckt werden konnte. Die aufgeführten Berechnungen sind als Kalkulationsgrundlage für die Veranlagung zur Kurabgabe heranzuziehen.

Auf Nachfrage von Dr. Lorenzen, FWG-Plön, erläutert Kämmerer Titze, dass die Aufwendungen für die Kosten des Bauhofes nicht mehr ausschließlich dem Tourismus zugeordnet würden, sondern hier ein neuer Unterabschnitt im Haushalt geschaffen wurde.

Beschluss:

„Die Kalkulationsgrundlage für die Kurabgabe 2008 wird zur Kenntnis genommen und bestätigt. Von einer Erhöhung der Kurabgabe wird abgesehen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

zu 8 Kalkulation der Fremdenverkehrsabgabe 2008**Vorlage: VO/2008/204**

Der Hauptausschuss nimmt die Kalkulation der Fremdenverkehrsabgabe zur Kenntnis.

Kalkulation der Fremdenverkehrsabgabe 2008

Ausgehend von den Rechnungsergebnissen des Haushaltsjahres 2007 wurden die Kalkulationsgrundlagen für die Fremdenverkehrsabgabe 2008 aufgestellt. Hinsichtlich der Berechnungen und Berechnungsergebnisse wird auf die Anlage verwiesen.

Als Ergebnis ist festzustellen, dass von dem Gesamtaufwand der auf die Kalkulation der Fremdenverkehrsabgabe entfällt, 52,57 % (im Vorjahr 61,67 %) mit einem Aufkommen von 76.070,73 € (im Vorjahr 73.338,56 €) nicht gedeckt werden konnte.

Beschluss:

„Die Kalkulationsgrundlage für die Fremdenverkehrsabgabe 2008 wird zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Von einer Erhöhung der Fremdenverkehrsabgabe wird abgesehen.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

**zu 9 Satzung für die Benutzung der Räumlichkeiten der Tourist Info
Großer Plöner See
Vorlage: VO/2008/247**

Die TOP 9 und 10 werden gemeinsam beraten und vorläufig beschlossen.

Der Hauptausschuss diskutiert die Angelegenheit grundsätzlich und ausführlich.

Er hält es als Ergebnis dieser Beratungen für erforderlich, dass die AO 8 eine Neufassung beider Satzungen erarbeitet.

Diese Neufassung soll dem Hauptausschuss zu seiner nächsten Sitzung am 01. September 2008 vorgelegt und dann möglichst in der darauf folgenden Sitzung der Ratsversammlung am 03. September 2008 beschlossen werden.

An der Diskussion beteiligen sich alle Mitglieder des Hauptausschusses. Folgende Einzelheiten sollen bei der Neufassung berücksichtigt werden.

- Der Satzung sollte eine Präambel vorangestellt werden, die den Zweck der Satzung und das Rechtsverhältnis zwischen Stadt und Tourismus Info klarstellt.
- Eine genaue Definition der *sozialen Zwecke* wird für erforderlich gehalten.
- Die Satzung muss ausschließen, dass trotz einer u.U. erreichbaren Übereinstimmung mit den angegebenen Erfordernissen, private Feiern wie z.B. Geburtstagsfeiern im Gebäude veranstaltet werden. Eine entsprechende Klarstellung ist erforderlich.

- Der Begriff *für staatsbürgerliche Zwecke* sollte zur Klarstellung durch den Begriff *für Zwecke der staatsbürgerlichen Bildung* ergänzt werden.
- Die Formulierung *jeder Gast unterwirft sich der Satzung* ist abzuändern in *jeder Nutzer unterwirft sich der Satzung*,
- In der Gebührensatzung sollte eine Gebührenbefreiung für alle Vereine und politischen Parteien vorgesehen werden, da insbesondere kleinere Organisationen auch bereits durch die vorgesehene Nutzungsgebühr von 30,00 € in nicht vertretbarem Maße belastet werden würden. Es sollte aber überprüft werden, ob zumindest die reinen Reinigungskosten, die tatsächlich vor allem im Winterhalbjahr anfallen würden, in Rechnung gestellt werden könnten.
- Anstelle einer reinen Nutzungsgebühr sollte geprüft werden, ob für technische Geräte wie z.B. einem Beamer, die einer kostenintensiven Abnutzung unterliegen, eine geringe Gebühr erhoben werden könnte.
- Für die Nutzer sollte bei einer Überlassung in einer Vereinbarung festgelegt werden, dass hier die Räume zumindest so wie übergeben, wieder hinterlassen werden sollten.
- Insgesamt wird eine juristische und sprachliche Überprüfung der Satzung empfohlen.

Als Zusammenfassung der o.g. Regelungen, schlägt Ratsherr Dr. Lorenzen vor, die in § 1 Abs. 3 der Entgeltsatzung enthaltene Formulierung, dass für Veranstaltungen, die durch Nutzungsberechtigte nach § 2 (2) der Satzung für Benutzung der Räumlichkeiten der Tourist Info Großer Plöner See durchgeführt werden, kein Benutzungsentgelt erhoben wird, es sei denn, es handelt sich um einen Fall des § 2 (3 = Benutzersatzung) auch für den § 2 *Reinigung, Nebenkosten und Mediatechniknutzung* sinngemäß übernommen wird, so dass für die genannten Arten von Veranstaltungen auch keine Nebenkostenpauschale erhoben werden

Von Vereinen und Organisationen würde somit nur bei kommerzieller Nutzung eine Benutzergebühr und Gebühren für Reinigung, Nebenkosten und Mediatechniknutzung erhoben werden.

Beschluss:

Bei Erfüllung der in der Beratung genannten Maßgaben stimmt der Hauptausschuss der Satzung zu.

Der Satzungstext ist dem Ausschuss zu seiner nächsten Sitzung nochmals vorzulegen. Die Beratung erfolgt wie vorgesehen in der Sitzung der Ratsversammlung am 03. September 2008.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

zu 10 Entgeltsatzung für die Benutzung der Räumlichkeiten der Tourist Info Großer Plöner See Vorlage: VO/2008/248

Beratung s. TOP 9 derselben Sitzung.

Vorsitz	Protokollführung